

## IN KÜRZE

**Drei neue digitale Radioprogramme**  
(sda) · Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hat drei digitalen Radioprogramme eine Konzession für die Verbreitung in der Westschweiz erteilt. An den Start über DAB+ gehen Radio Rhône, Radio Fribourg/Freiburg und ein Sender aus dem Jura. Die Konzession garantiert den drei Anbietern einen Platz im noch aufzubauenden dritten Sendernetz für digitale Radioprogramme. Wie das Uvek am Montag mitteilte, hat auch die SRG das Recht erhalten, auf dem neuen Sendernetz zwei Radioprogramme in den Äther auszustrahlen. Wer das dritte digitale Sendernetz betreiben wird, bleibt offen.

**Economiesuisse bleibt passiv**  
(sda) · Der Vorstandsausschuss von Economiesuisse hat bekräftigt, dass er für den Abstimmungskampf über die Ausschaffungsinitiative und den Gegenvorschlag keine Geldmittel sprechen will. Gemäss Statuten müsse der Wirtschaftsverband die Mittel auf wirtschaftsrelevante Vorlagen konzentrieren. Im Zentrum der Vorlagen stünden aber Fragen der öffentlichen Sicherheit und des Strafrechts, heisst es in einer Medienmitteilung.

**Gegen mehr Entwicklungshilfe**  
(sda) · Aufgrund der Perspektiven des Bundeshaushalts hält die Finanzkommission des Ständerates eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonational-einkommens (BNE) nicht für möglich. Sie peilt 0,45 Prozent des BNE an; das entschied sie mit 7 gegen 4 Stimmen. Das schlägt auch der Bundesrat in seinem im September zuhause des Parlaments verabschiedeten Botschaft als Variante vor. Letztes Jahr hatte der Beitrag der Schweiz an der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit 0,47 Prozent des BNE betragen. In den OECD-Ländern lag er 2009 bei 0,48 Prozent.

**Forderungen zum Alpenschutz**  
(sda) · Die Internationale Alpenschutzkommission (Cipra) fordert die Schweiz auf, sich klar zur Alpenkonvention und zu deren Umsetzung zu bekennen. Das geht aus einer an der Cipra-Jahresfachtagung 2010 verfassten Resolution hervor. Der Entscheid des Schweizer Parlaments, die Ratifizierung der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention abzulehnen, sei unverständlich, heisst es weiter. Damit isoliere sich das Land im Alpenprozess weiter. Im kommenden Jahr wird die Schweiz den Vorsitz der Alpenkonvention übernehmen. In diesem Zusammenhang müsse sie darlegen, wie sie die gemeinsame Vision einer nachhaltigen Alpenpolitik gestalten wolle, verlangen die Teilnehmer der Jahresfachtagung in ihrer Resolution.

**Vermieter müssen nicht alles wissen**  
(sda) · Persönliche Informationen von Mietinteressenten gehen einen Vermieter nichts an. In krassen Fällen haben Mieter sogar das Recht auf eine Notlüge. Allerdings gibt es auch Fragen, die beantwortet werden müssen. Das schreibt der Mietverband in einer Mitteilung, basierend auf Empfehlungen des eidgenössischen Datenschutzbeauftragten. Beispielsweise dürfen Vermieter nach der Einkommenskategorie fragen, aber keinen Lohnausweis verlangen. In keinem Fall erlaubt sind Fragen nach chronischen Krankheiten.

**Aktion für Lohngleichheit**  
(sda) · Mit einer Internetplattform und einem Film will die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) dabei helfen, Lohndiskriminierungen zu erkennen und zu bekämpfen. Frauen verdienen in der Schweiz immer noch durchschnittlich 19 Prozent weniger als Männer, wie es in einer Mitteilung der SKG heisst. Das neue Angebot soll Unternehmen dabei helfen, der Lohndiskriminierung im eigenen Betrieb auf die Spur zu kommen. Denn hinter der unterschiedlichen Entlohnung steckt oft nicht böse Absicht, sondern Unwissen, so die SKG.

www.equality-lohn.ch

## Wagnis harmonische Entwicklung

Besuch des Premierministers von Bhutan, dem Land des Bruttonationalglücks

Jigme Thinley, Regierungschef von Bhutan, hat bei einem Besuch in der Schweiz über sein Entwicklungskonzept informiert, in dem die buddhistische Kultur und die Umwelt einen hohen Rang einnehmen.

C. W. · Ein Entwicklungsland, wie man es sich, besonders in der Schweiz, erträumt: klein (700 000 Einwohner auf der Fläche der Schweiz), landschaftlich und kulturell reich, verantwortungsvoll regiert und auf behutsame Modernisierung ausgerichtet. Die schweizerische Unterstützung für Bhutan geht auf eine zufällig entstandene persönliche Beziehung zurück und liegt seit 1975 vor allem in den Händen von Helvetas. Die Hilfe hat im Himalajastaat zur Einführung einer nachhaltigen Forstwirtschaft, zur Aufwertung der Agrarproduktion, zum Aufbau des Bildungswesens und von Infrastrukturen (Hängebrücken) beigetragen. Heute wenden das Hilfswerk und der Bund, dieser vor allem für die Staatsinstitutionen, pro Jahr insgesamt noch 4,5 Millionen Franken auf.

Die sanfte Entwicklung oder eben das «Bruttonationalglück» ist in Bhutan Programm. Wie bereits berichtet, hat Premierminister Jigme Y. Thinley bei seinem Besuch in der Schweiz dargelegt, dass die Strategie auf vier Säulen beruht (sozial ausgeglichene Wirtschaft, Bewahrung der Umwelt, Pflege der Kultur, gute Staatsführung); sie wird in neun Bereichen konkretisiert und mit 77 Indikatoren gemessen.

Werden im Zug der Entwicklung nicht die materiellen Werte immer mehr Gewicht erhalten? In einem Gespräch in Zürich betont Thinley, dass die buddhistische Kultur und Spiritualität lebendig sei. Die Menschen des Berglandes hätten zwar durch die modernen Medien gute Kenntnisse von der Aussenwelt, und die jungen Leute wollten andere Länder erkunden, kehrten aber alle wieder zurück. Auch er selber – in den 1970er Jahren studierte er in Indien und den USA – habe einmal lange Haare und Jeans getragen.

Die Frage, welche Distanz von der Konsumgesellschaft (dem «consumerism») Bhutan behalten könne, werde sich allerdings erst später wirklich stellen, wenn die materiellen Grundbedürfnisse besser befriedigt seien. (Ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebt noch unter der absoluten Armutsgren-

ze, und die Arbeitslosigkeit dürfte grösser sein als die offiziellen 3,5 Prozent.)

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung setzt die Regierung auf mehrere Sektoren, wobei die Natur sowohl eingesetzt als auch geschont werden soll. Die Landwirtschaft soll konsequent biologisch sein. Weitere Wasserkraftwerke für Exportstrom liessen sich ohne grosse Eingriffe errichten. Sodann soll der Tourismus ausgebaut werden. Die Tagespauschale von 200 bis 270 Dollar, die für Qualität sorgen soll, sei allmählich noch zu erhöhen, sagt Thinley. Überraschen mag die Idee, mit Hilfe renommierter Universitäten ein international attraktives Bildungszentrum zu

schaffen, wie es etwa reiche Ölscheichtümer versuchen. Generell wünscht sich der Premier, dass zur Entwicklungshilfe kommerzielle Investitionen kommen. In diversen Bereichen hofft er auf Interesse in der Schweiz, für deren Unterstützung er sich tief dankbar zeigt. Auch mit Elementen der direkten Demokratie liebäugelt der Vertreter des erst zwei Jahre alten Parlamentssystems.

Ist er nicht allzu optimistisch? Deutlich sagt er, Bhutan bemühe sich, das Bruttonationalglück zu erreichen, von Erfolg sei aber noch nicht zu reden, auch nicht von einem Modell – Bhutan mache einfach, was nach eigener Überzeugung für das Land am besten sei.



Jigme Thinley, Premierminister Bhutans, bei seinem Besuch in Zürich.

BEULTER / NZZ

## Verbrauchsziele verfehlt

Bilanz von Energie Schweiz

dsc. · Positiv wertet der Bund die Effekte von Energie Schweiz, dem Programm für Effizienz und erneuerbare Energien. Doch bei genauerem Hinsehen steht das Projekt auch für eine energiepolitische Ernüchterung. Die vor zehn Jahren gesteckten Ziele sind nämlich nicht erreicht worden, wie aus dem am Montag publizierten Jahresbericht ersichtlich ist. Der Verbrauch fossiler Energien hätte beispielsweise um 10 Prozent sinken sollen; bis 2009 ist aber nur ein Rückgang von 1,3 Prozent zu verzeichnen (siehe Tabelle).

Michael Kaufmann, Vizedirektor des Bundesamts für Energie (BfE), erinnert daran, dass vor zehn Jahren dem Programm noch sämtliche energiepolitischen Ziele des Bundes aufgebürdet worden seien. Das bei Energie Schweiz zentrale Freiwilligkeitsprinzip habe sich dann aber als unzureichend erwiesen, so Kaufmann. Darum mussten neue, verbindliche Instrumente eingeführt werden, wie die Kohlendioxidabgabe oder die Effizienzvorschriften für Elektrogeräte und für Gebäude.

Energie Schweiz soll als unterstützendes Instrument fortgeführt werden, während nun andere Massnahmen tragende Rollen übernehmen, etwa das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen. Neu wird sich Energie Schweiz vor allem auf Informations- und Weiterbildungsaufgaben ausrichten.

Für 2009 nennt das BfE eine «Wirkung» des 26 Millionen Franken teuren Programms von 3,9 Petajoule (PJ), 0,5 Prozent des Endenergieverbrauchs – mitgerechnet sind Einsparungen sowie der Ersatz fossiler Energieträger. Gemeinsam mit dem Vorgängerprogramm Energie 2000 wird eine «anhaltende Wirkung» von 35,9 PJ angegeben.

## Mässiger Einfluss auf Energietrends

	Stand 2009	Ziele für 2010
Verbrauch fossiler Energien	-1,3%	-10%
Elektrizitätsverbrauch	9,8%	≤ 5%
CO <sub>2</sub> -Emissionen*	-2,7%	-10%
aus Brennstoffen*	-12,1%	-15%
aus Treibstoffen*	12,8%	-8%
Wasserkraftzeugung	2,2%	stabil
Übrige erneuerbare Energien		
Elektrizität	0,46TWh (+0,1%)	0,5TWh
Wärme	3,37% (+3,0%)	3,0TWh

\* Basis: 1990 (übrige Werte: Basis 2000).

## Gerät der Jura in Teufels Küche?

SVP-Nationalrat Baettig hat die jurassische Kantonsregierung im Visier

Bei den Kantonalwahlen vom Wochenende versucht die SVP mit ihrem sehr umstrittenen Nationalrat Dominique Baettig den Sprung in die Exekutive. Der Psychiater und Jäger weckt Abwehrreaktionen, aber auch Sympathie. Genug für die Wahl?

Christophe Büchi, Delsberg

Wenn Dominique Baettig nicht gerade im Nationalrat sitzt und auch nicht in seiner Arztpraxis den dunklen Seiten der menschlichen Seele nachspürt, bestehen gute Chancen, dass er mit seinem Hund durch Wald und Feld streift und den Rehen und den Wildschweinen, die sich im Jura neuerdings grössere Freiheiten herausnehmen, hinterherjagt. Übrigens hat er seinen Jagdhund der Rasse Bleu-de-Gascogne-Griffon auf den sinnigen Namen «Teufel» getauft (wenn dieses Wort hier erlaubt ist); der SVP-Politiker und Psychiater spielt nämlich nach eigenem Bekunden gerne die Rolle des «avocat du diable», von des Teufels Advokaten. Überhaupt habe er, sagt er im Gespräch, schon immer ein Interesse für alles Provokative, Anrühige, nach

Schwefel Riechende («sulfureux») und für die Mehrheit Anstössige gehabt, weshalb es ihm in der SVP gut gefalle. Als Psychiater gewohnt, auch die eigene Psyche zu analysieren, fügt er an, dies hänge vielleicht damit zusammen, dass er in einer sehr konservativ-katholischen, aus dem Luzernischen stammenden Familie des Berner Juras aufgewachsen sei – darum wohl der Hang zum Unkonventionellen.

## «Une équipe de copains»

Jetzt aber hat der 57-jährige Seelenarzt eine andere Beute im Visier, für die ihm sein «Teufel» kaum sehr hilfreich sein wird: Er will sich einen Sitz in der jurassischen Kantonsregierung holen (der Jura ist übrigens der einzige Kanton, in dem die Exekutive hochoffiziell als «gouvernement» bezeichnet wird). Diese Pirsch freilich wird schwierig, denn die fünf «Minister», wie die Regierungsräte hier heissen (der jurassische «Père de la République» Roland Béguelin hatte seinerzeit befunden, nur «ministre», Staatsdiener, sei der adäquate Ausdruck für ein Regierungsmitglied), stellen sich alle zur Wiederwahl. Sie heissen Charles Julliard, Philippe Receveur (beide cvp.), Laurent Schaffter (Unabhängige Christlichsoziale Partei), Mi-

chel Probst (fdp.) und Elisabeth Baume-Schneider (sp.), und alle haben problemlos die Investitur ihrer Partei bekommen.

Keiner dieser Minister ist in seiner Amtsführung ganz negativ aufgefallen, auch wenn einige Affären – unter anderem das sogenannte «Pornogate», bei dem es um den Konsum von Internet-Pornografie in der Kantonsverwaltung ging – den Jura zeitweise in Verruf brachten. Aber gerade dies wirft die SVP den Ministern vor: dass sie nicht auffallen und auch nicht richtig führen. Das «gouvernement» sei eine «bande de joyeux copains», sagt Baettig, ein Fähnlein von guten Kollegen, die sich gegenseitig nicht auf die Füsse träten. Wesentliche Probleme, wie die zunehmende Konkurrenzierung der jurassischen Arbeitnehmer durch französische Grenzgänger, würden auf die Seite geschoben.

## Zweiter Wahlgang nötig?

Der «lonely hunter» Baettig scheidet von den 13 Kandidaten bei den jurassischen Regierungswahlen derjenige zu sein, vor dem sich die 5 Amtsinhaber am meisten in acht nehmen sollten. Allerdings sind auch seine Chancen gering: Die SVP hat zwar bei den letzten eidgenössischen Wahlen im Kanton Jura

stark zugelegt, erreichte aber mit 13,6 Prozent Wähleranteil noch nicht ein Potenzial, das für mehr ausreicht als für Störmanöver. Baettigs Nationalratsmandat hatte 2007 alle überrascht, auch ihn selber. Die Sensation kam aber nur deshalb zustande, weil die SVP mit der FDP eine Listenverbindung eingegangen war, von der man annahm, dass sie dem Freisinn zugutekommen würde, was nicht eintraf.

Jedoch könnte es durchaus sein, dass am kommenden Wochenende keiner der Regierungskandidaten das absolute Mehr der Stimmen erreicht und im November ein zweiter Urnengang nötig wird. Auf der Lauer ist neben der SVP auch die SP, die bei den letzten Wahlen einen ihrer beiden Regierungssitze verlor und neben ihrer Ministerin Baume-Schneider auch den Parteipräsidenten Michel Thenz portiert.

Schliesslich wird am Wochenende auch das 60-köpfige Kantonsparlament erstmals für fünf Jahre neu gewählt. Es setzt sich zurzeit folgendermassen zusammen: cvp 19, SP 13, FDP 11, Unabhängige Christlichsoziale 9, SVP und Linksparteien (Combat socialiste und PdA) je 3, Grüne 2 Sitze. Ob die bürgerliche Partei und FDP ihre total 30 Sitze halten können, ist eine der grossen Fragen bei diesen Legislativwahlen.